

Bundesministerium für
Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
z.H. Dr. Brigitte Zarfl
Stubenring 1
1010 Wien

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
BMASK-59210/0005-V/1/2009

Unser Zeichen, BearbeiterIn
MagHi/Cl,

Klappe (DW) Fax (DW)
479 100467

Datum
14.04.2009

Europäisches Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung (2010) – Entwurf des österreichischen Programms

**Der ÖGB dankt für die Übermittlung des o.a. Entwurfs und nimmt wie folgt
dazu Stellung:**

Der ÖGB begrüßt den übermittelten Entwurf und die darin enthaltenen Maßnahmen für das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2010. Der ÖGB erachtet es angesichts der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise als äußerst notwendig und aktuell, jetzt wirksame Maßnahmen zur Armutsbekämpfung zu setzen und befürwortet dieses Europäische Jahr daher als gute Gelegenheit hier wesentliche Schritte zu setzen.

Zum Entwurf im Einzelnen:

Eine wichtige Kernmaßnahme zur Armutsbekämpfung in Österreich ist aus Sicht des ÖGB die im Entwurf genannte Umsetzung der bedarfsorientierten Mindestsicherung, denn in wirtschaftlich schwierigen Krisenzeiten und den damit einhergehenden steigenden Arbeitslosenzahlen muss die Kaufkraft finanziell benachteiligter Bevölkerungsgruppen gestärkt werden. Eine Umsetzung der Mindestsicherung im Jahr 2010, das zudem als Europäisches Jahr der Armutsbekämpfung dafür prädestiniert ist, ist aus Sicht des ÖGB unerlässlich, um armutsgefährdete Menschen in Krisenzeiten rasch und wirksam zu unterstützen.

Ebenfalls als wichtige Maßnahme erachtet der ÖGB ein Anheben der Nettoersatzrate bei der Arbeitslosenunterstützung und Notstandshilfe auf den europäischen Durchschnitt. Gerade Menschen, die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, haben ein überdurchschnittlich hohes Armutsgefährdungsrisiko wie auch im Entwurf

festgehalten wird (laut EU-SILC 2007 haben Langzeitarbeitslosenhaushalte eine Armutsgefährdungsquote von 41 %).

Der ÖGB begrüßt es, die im Entwurf genannten Gesetzesvorhaben zur Armutsbekämpfung (vor allem die Bedarfsorientierte Mindestsicherung) als Teil des nationalen Programms zur Armutsbekämpfung für das Jahr 2010 zu verankern und im Bericht an die Europäische Union zu übermitteln.

Besonderes Augenmerk ist aus Sicht des ÖGB auch auf die Vermeidung und Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit zu richten. Auch im vorliegenden Entwurf werden Jugendliche als besonders armutsgefährdete Gruppe genannt. Der ÖGB erachtet es in diesem Zusammenhang als notwendig, dass die Lehrlingsausbildung in der Krise nicht reduziert wird sowie die Umsetzung der Ausbildungsgarantie und die Aufstockung überbetrieblicher Ausbildungsplätze gewährleistet bleiben.

Auch Menschen mit Behinderungen sind eine besonders durch Armut gefährdete Gruppe und der ÖGB unterstützt daher auch die im Entwurf vorgesehenen Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration. Die Beschäftigung behinderter Menschen zu fördern ist eine wesentliche Voraussetzung für diesen Personenkreis, um Armut zu vermeiden und ein eigenständiges Leben führen zu können. Leider kaufen sich derzeit viele Unternehmen von ihrer Verpflichtung frei, behinderte ArbeitnehmerInnen ab einer bestimmten Betriebsgröße einzustellen, indem sie die Ausgleichstaxe bezahlen (im Jahr 2009 in der Höhe von 220 Euro). Um UnternehmerInnen zu motivieren mehr behinderte MitarbeiterInnen zu beschäftigen, erachtet es der ÖGB als notwendig, die Ausgleichstaxe auf ein Niveau anzuheben, das tatsächlich eine beschäftigungsfördernde Wirkung erzielt. Der ÖGB tritt auch dafür ein, dass Maßnahmen, die direkt an behinderte ArbeitnehmerInnen gerichtet sind (z. B. berufliche Aus- und Weiterbildung, Job-Coaching sowie andere konkrete Maßnahmen zur besseren Integration in den Arbeitsmarkt), forciert werden.

Ein wichtiger Schwerpunkt des Europäischen Jahres ist die Förderung der Teilhabe von sozial benachteiligten Personen am gesellschaftlichen Leben und Erleichterungen beim Zugang zu Kultur- und Freizeitmöglichkeiten. Im Entwurf werden in diesem Zusammenhang Maßnahmen für den erleichterten Zugang zu Sportmöglichkeiten, Museumsbesuchen, etc. angeführt. Um die gesellschaftliche Teilhabe von Eltern und Kindern aus sozial benachteiligten Verhältnissen zu verbessern, wäre es aus Sicht des ÖGB außerdem wichtig, bundesweit beitragsfreie Kinderbetreuungsplätze für Menschen mit geringem Einkommen zu verwirklichen. Dies würde vor allem für Frauen Erwerbsanreize schaffen und zur Armutsvermeidung von Frauen und Familien beitragen.

Der ÖGB ersucht um Berücksichtigung seiner Stellungnahme.


Erich Foglar
Präsident




Mag. Bernhard Achitz
Leitender Sekretär